Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 245. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 19. Oktober 1927**

Schwieriges Examen.

Das innenpolitisch-parlamentarische Leben in unserem lieben Deutschland hat sozusagen gleich mit Pauken und Trompeten eingesetzt, nachdem der Reichstag wieder zusammengetreten ist; demgemäß ist das politische Konzert ebenso vieltönig und laut. Von den Oppositionsparteien wird unbeirrt zum Angriff geblasen, werden täglich neue, stürmische Fragen und Forderungen an die Regierung gerichtet. Das jetzt regierende Kabinett hat ja auch manch' harte Nuß zu knacken und muß zudem noch dafür sorgen, daß seine Truppen fest und geschlossen beieinanderbleiben, da die Opposition — was ihr gutes Recht ist — mit allen Mitteln, auch durch Säen von Zwietracht, die Reihen der Gegner zu erschüttern bestrebt ist. An stürmischen Szenen wird es im Reichstag also wohl nicht fehlen.

Keineswegs die härteste Nuß scheint dabei das Reichsschulgesetz zu sein, das ja nur Gelegenheit bieten wird, einige Reden vom Stapel zu lassen, ehe es in den Schoß des Bildungsausschusses sinkt und dort die eigentliche Arbeit, der Kampf, der Ausgleich in Angriff genommen wird. Schon härter ist aber die Nuß, auf der „Liquidationsentschädigung" steht, und die Härte wächst weiter, wenn man an das Beamtenbesoldungsgesetz herangeht. Denn hier ist in jüngster Zeit seitens der Bayerischen Volkspartei, die ja zur Regierungskoalition gehört und dabei das Zünglein an der Waage bildet, zu einem Vorstoß in der Frage des Finanzausgleichs geschritten: die Länder könnten die Lasten der Beamtenbesoldungsreform nur dann übernehmen, wenn das Reich ihnen dabei zu Hilfe kommt. Preußen, das früher gegenteiliger Ansicht war und es mit einem gewissen Stolz betonte, in dieser Hinsicht Reichszuschüsse nicht nötig zu haben, erklärte doch in der letzten Landtagssitzung gleichfalls, ohne eine solche Unterstützung nicht auszukommen. Damit wäre das im Mai so mühsam zustande gekommene Finanzausgleichsgesetz gefährdet, zugleich aber auch die Grundlage der gesamten Finanzpolitik des Reichsministers Dr. Köhler erschüttert; außerdem erhebt sich dahinter noch die große Streitfrage des allgemeinen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, das schon sehr bald zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden soll. Nur wenn innerhalb der Regierungsparteien ein fester Ausgleich zustande kommt, können die Angriffe der Opposition wirkungslos bleiben, weil ein Wahlkampf auf rein wirtschaftlichem Boden gerade im gegenwärtigen Augenblick den regierenden Parteien unerwünscht ist.

Das gerade aber hat die Sozialdemokratie zu dem Versuch veranlaßt, das Hauptgewicht der Angriffe auf den wirtschaftlichen Boden zu verlegen. Die Tatsache, daß das allgemeine Preisniveau langsam nach oben strebt, die Gefahr, daß der Braunkohlenstreik diese Entwicklung weiter vorwärtstreibt, daß ferner die wegen der Klagen einzelner Länder und zahlreicher Gemeinden über die Kosten der Beamtenbesoldungsreform befürchteten neuen steuerlichen Lasten in der gleichen Linie wirken würden, hat, alles zusammengenommen, in die Massen der Verbraucher Unruhe hineingetragen. Die Regierung hat ja durch mehrere Minister und bei wiederholten Gelegenheiten angekündigt, gegen unberechtigte Preistreibereien vorzugehen; noch kürzlich benutzte Dr. Curtius, der Reichswirtschaftsminister, gerade die Tagung der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels dazu, sehr ernste und deutliche Worte darüber zu sprechen. Freilich ist es von dahin noch recht weit bis zu Taten und die drängende Fülle der rein innenpolitischen Schwierigkeiten verkürzt diesen Weg wirklich nicht, namentlich dann nicht, wenn auch parlamentarische Beratungen hinzukommen.

Als nächste Aufgabe ist unbedingt die möglichst baldige Beilegung des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier zu betrachten, und zwar in einer Form, daß das Resultat nicht zu neuen Preissteigerungen führt oder dazu benutzt wird. Im rheinischen Revier ist das auch im letzten Augenblick gelungen. Denn sonst schwillt die Streikwelle immer höher und höher, unser schon bisher so sehr im argen liegender Export geht noch weiter zurück und damit rückt die drohende Gefahr einer wirtschaftlichen Krise immer näher. Schongärt es auch im Ruhrkohlengebiet — wobei man allerdings noch nicht genau sagen kann, wieweit hier gleichfalls politische Kräfte und Wünsche tätig sind. Aber die Regierung wird in den nächsten Monaten genötigt sein, die Probe darauf abzulegen, ob sie dieser politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr werden kann, ein Examen, das von großer Bedeutung nach jenen beiden Richtungen hin sein wird.

Die Landung der „D. 1220" in Lissabon.

Lissabon. Zur Landung der „D. 1220" wird noch gemeldet, daß die deutschen Flieger, als sie von Vigo starteten, die Absicht gehabt hatten, unmittelbar die Azoren anzufliegen. Eine Störung in der Ölzufuhr verursachte jedoch den Verlust einer großen Ölmenge, so daß sich die Flieger gezwungen sahen, in Lissabon niederzugehen, um die Störung in der Ölleitung zu beseitigen. Wenn gute Wetternachrichten einlaufen, werden die Flieger sofort zum Weiterfluge nach den Azoren starten.

Keudell über das Schulgesetz.

Wiedereröffnung des Reichstages.

Erste Lesung des Reichsschulgesetzes.

Berlin, 18. Oktober.

Nun hatten sich die Volksboten doch an der Stätte des ihnen zugewiesenen Wirkungskreises eingefunden, trotzdem wegen der wiederholten Hinausschiebungen des Termins zur Reichstagseröffnung nach der Sommerpause an einigen Wählerstammtischen schon die bange Vermutung laut geworden war: „In diesem Jahre wird's nichts mehr." Es war was geworden und die Abgeordneten waren in erheblicher Anzahl erschienen, rechts und links und in der Mitte. Mit entlasteten Köpfen und frischem Mut zur Arbeit. Nur vermochte man sich zunächst schwer darüber zu einigen, an welchem Ende denn die Arbeit beginnen sollte.

Die Regierung brachte ihren Reichsschulgesetzentwurf, der im Reichsrat keine Veränderung wegen allzuvieler Veränderungspläne, aber auch keine Förderung erfahren hatte, in der Urform. Nun sollten die Herren in diesem Hause ihren Witz schärfen, damit das Ziel näherrücke. Aber ein ansehnlicher Teil der Versammelten wollte anders als eine hohe Regierung. Müller-Franken von den Sozialdemokraten hielt eine Auseinandersetzung über den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik für dringender. Der Nationalsozialist Frick wollte zunächst die Novelle zum Vereinsgesetz in Angriff nehmen, damit angeblichen Schikanen der Polizei gegen diese oder jene politische Richtung die Spitze abgebrochen werde. Mehrere Kommunisten unterstützten den sozialdemokratischen Antrag und rieben sich dabei heftig an dem anwesenden Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, dem sie so kräftige Worte entgegenschleuderten, daß der Präsident Löbe Verwarnungen austeilen mußte. Der Arbeitsminister ließ übrigens seine Klinge auch nicht in der Scheide sitzen. Zum Streik erklärte er, noch in dieser Woche solle darüber gesprochen werden, heute sei es unzweckmäßig, da die Verhandlungen schwebten.

Recht scharf ging noch der Demokrat Haas ins Zeug. Er behauptete wiederholt, der vorliegende Entwurf des Reichsschulgesetzes besitze überhaupt nicht die einmütige Zustimmung des Reichskabinetts, einige Minister seien gänzlich abgeneigt. Deshalb müsse vor jeder Beratung festgestellt werden, ob hier eine Rumpf- oder Nebenregierung oder das Gesamtministerium am Werke sei. Der deutschnationale Führer Graf Westarp und der Zentrumsabgeordnete v. Guérard wandten sich gegen Verschleppung der Schulangelegenheiten, zu der auch nicht die geringste Veranlassung vorläge und die wahrhaftig lange genug die Gemüter errege. Eine Lösung müsse endlich gefunden werden, die ja auch die Verfassung vorschreibe.

Mit den Vorübungen zu ernsthafteren Kämpfen mußten sich die vielen Tribünenbesucher für heute zufriedengeben, denn bei der Abstimmung wurden alle Anträge für eine andere Tagesordnung abgelehnt, und Reichsinnenminister von Keudell begründete die Regierungsschulvorlage in ruhiger, kaum unterbrochener Rede, obwohl vorher bei der Geschäftsordnungsdebatte es einigemal erhebliche Temperamentsausbrüche mit anschließendem entsprechenden Hallo gegeben hatte. zlo

Sitzungsbericht.

(339. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Oktober.

Präsident Löbe begrüßte die Abgeordneten nach der Sommerpause und teilte mit, daß der Vorstand des Reichstages dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu seinem 80. Geburtstage die besten Glückwünsche ausgesprochen habe. Der Reichspräsident ließe hierfür dem Reichstag seinen Dank senden. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte eine

lebhafte Geschäftsordnungsaussprache

ein. Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragte, die erste Lesung des Reichsschulgesetzes von der Tagesordnung abzusetzen. Dieser Antrag sei wohl begreiflich nach dem Schicksal, das die Regierungsvorlage im Reichsrat gehabt habe. Der Redner schlug vor, an Stelle des Reichsschulgesetzentwurfes die sozialdemokratische Interpellation über die wirtschaftliche Lage und den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier zu beraten.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) protestierte gegen die Festnahme der vom Nürnberger Parteitag zurückkehrenden Nationalsozialisten durch die Berliner Polizei und beantragte die Beratung der Novelle zum Vereinsgesetz an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Abg. Stöcker (Komm.) schloß sich dem Antrage auf Absetzung des Reichsschulgesetzes an und forderte, daß sich der Reichstag mit der Mietpreiserhöhung und mit der Lohnfrage beschäftigen solle. Der Redner forderte die Auflösung des Reichstages.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärte, das Reichsarbeitsministerium stände selbstverständlich in ständiger Fühlung mit den beiden Parteien im Bergarbeiterstreik. Es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und zu einer Befriedung führen werden. Im Augenblick sei es aber nicht ratsam, in eine sachliche Debatte einzutreten. Jedoch solle diese noch vor Ablauf dieser Woche stattfinden.

Abg. Graf Westarp (Dtn.) wandte sich gegen die Absetzungsanträge.

Abg. Dr. Haas (Dem.) schloß sich den Absetzungsanträgen an und wünschte Auskunft darüber, ob hinter der Vorlage des Reichsschulgesetzes alle Kabinettsmitglieder ständen. Es sei bisher unwidersprochen geblieben, daß die beiden volksparteilichen Minister sich mit der Vorlage nicht solidarisch erklärten.

Abg. Jadasch (Komm.) brachte im Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Bergarbeiterstreik einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister ein.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwidert auf Vorwürfe des kommunistischen Redners, daß alles, was in einer Berliner Zeitung an Beschuldigungen gegen ihn erhoben worden sei, durchaus falsch sei.

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärte, wenn Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, so müsse man eigentlich verlangen, daß sie tunlichst bald ausgetragen würden, statt das Reichsschulgesetz von der Tagesordnung abzusetzen. Die Reichsregierung sei durchaus befugt gewesen, trotz der Reichsratsverhandlungen ihre Vorlage an den Reichstag zu bringen.

Nachdem noch mehrere Redner zur Geschäftsordnung gesprochen hatten, wurden alle Anträge, die Tagesordnung umzustellen, abgelehnt.

Hierauf trat der Reichstag in die Tagesordnung ein. Sofort erhielt

Reichsinnenminister v. Keudell

das Wort zur Begründung des Reichsschulgesetzentwurfs. Der Minister bezieht sich auf seine im Reichsrat gegebene Darstellung der Einzelheiten des vorliegenden Gesetzentwurfes und hebt u. a. hervor, daß im Gegensatz zum Entwurf von 1919 heute alle drei Schulformen behandelt würden. Die Verfassung lasse ein Nebeneinander aller drei Schulformen zu. Auch die Staatsgesetzgebung habe es nicht vermocht, einen einheitlichen Typ für die deutsche Volksschule durchzusetzen. Es gelte auch, Grundsätze aufzustellen über die Handhabung der

Beaufsichtigung des Religionsunterrichts an den Schulen,

um Richtlinien zu finden, die ein Mindestmaß von Beunruhigung der Bevölkerung in dieser Frage schaffen. Der Vorwurf, daß die Volksschule durch den vorliegenden Entwurf zerschlagen werde, sei nicht stichhaltig. Der Minister betonte, daß die Vorlage der Regierung nicht verfassungsändernd sei. Jede Benachteiligung der Gemeinschaftsschule werde peinlichst vermieden. Entspricht es wirklich der freiheitlichen Entwicklung unserer Tage, so erklärt der Minister, allen Ländern von Reichs wegen eine bestimmte Schulform als Regelschule aufzuzwingen? Würde ein solches undemokratisches Verfahren nicht Unruhe und Kampf bis in die entlegensten Teile unseres Vaterlandes tragen? Wird nicht auf lange Sicht die Gemeinschaftsschule besser fahren, wenn sie in friedlichem Wettbewerb neben den Bekenntnisschulen wirkt? Der Minister erklärt, er möchte nicht besonders

auf die Kostenfrage

eingehen. Einerlei, ob nun Länder oder Gemeinden die Mittel aufbringen, trage die Kosten doch die deutsche Wirtschaft. Wenn die bekenntnisfreie Schule durch den vorliegenden Entwurf legalisiert werden soll, entspreche dies dem demokratischen Prinzip und dem Text der Reichsverfassung. Es sei ein Gebot der Toleranz, wenn auch dieser Schulart freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben wird.

Das Recht des Elternwillens

für die Bestimmung der Schulart sei keine Erfindung der Neuzeit. Es sei in der Reichsverfassung festgelegt und es entspreche der Verfassung, wenn dieses Recht auch im Schulgesetz Anwendung findet. Der Minister betont, daß das alleinige Aufsichtsrecht des Staates im Entwurf selbstverständlich festgelegt sei. Unbeschadet dessen sei aber den Religionsgesellschaften eine gewisse Mitwirkung ermöglicht. Es wäre widerspruchsvoll, wenn der Staat den Inhalt des bekenntnismäßigen Religionsunterrichts von sich aus bestimmen würde. Es entspreche der Reichsverfassung und der Gerechtigkeit, wenn man dies

den Religionsgesellschaften überlasse.

Im übrigen passe sich der Entwurf den bisherigen unterschiedlichen Verhältnissen in den Ländern durchaus an.

Der Minister geht dann auf die Reichsratsverhandlungen ein und erklärt, in der Kostenfrage stehe die Reichsregierung zurzeit auf dem Standpunkt, daß Erklärungen erst dann möglich sind, wenn die Gestaltung des Entwurfs die entstehenden Kosten genauer übersehen lasse. Die Reichsregierung sei nicht gewillt, die Zahl der Länder, in denen Simultanschulen beständen, zu erweitern und den Ländern dauernd die Entscheidung über die Einführung der Simultanschule zu überlassen. Der Minister legte dann die

Stellungnahme der Regierung zum Reichsschulgesetz

nach seiner Ablehnung im Reichsrat dar und betonte, daß mit der Vorlegung des Entwurfes in seiner ursprünglichen Fassung nach Auffassung der Reichsregierung den Erfordernissen der Verfassung vollauf Genüge geschehen sei. Der Entwurf sei besonders geeignet, der Erneuerung des inneren Lebens des deutschen Volkes zu dienen. Es sei auch zu erinnern an die Erklärungen des Reichskanzlers, daß

ein Schulgesetz sich nur auf christlicher Grundlage aufbauen

könne. Mit besonderem Ernst ginge die Reichsregierung an die Einlösung des damals vom Reichskanzler gegebenen Versprechens heran.

Es gälte, ein Geschlecht heranzubilden, das fest stehe auch in sturmbewegten Zeiten. Zur materiellen Not komme heute bei unserer Jugend die innere Not, die Enttäuschung und Verzweiflung über die falschen Ziele, die ihr gewiesen würden. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zugleich empfunden werden möge als äußeres Zeichen friedlicher innerer Erstarkung unseres Vaterlandes. (Beifall bei den Regierungsparteien. Zischen links.)

Die Stellung der Parteien.

Abg. Schreck (Soz.) erklärte, die Regierungsmehrheit habe die schulpolitischen Fragen über die Not des Volkes gestellt. Die ganzen Vorgänge um diese Schulvorlage bieten ein trostloses Bild der sonst so betonten deutschen Einheit. Die Re-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF